

Toilettenanlagen U3 Neubaugasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Toilettenanlagen im Zuge des Umbaus des U-Bahn-Knotenpunktes Neubaugasse erweitert werden.

Begründung

Mit der Fertigstellung des U2-U5-Ausbaus wird die Station Neubaugasse zu einem der wichtigsten Umsteigeknoten des Wiener U-Bahn-Netzes. Künftig treffen dort die Linien U2 und U3 aufeinander, wodurch mit einem deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen zu rechnen ist. Die bestehende Infrastruktur sollte daher frühzeitig dahingehend überprüft werden, ob sie den künftigen Anforderungen gerecht wird.

Dazu zählen auch die vorhandenen Toilettenanlagen. Eine Erweiterung der Kapazitäten würde nicht nur den Komfort für die zahlreichen Fahrgäste erhöhen, sondern auch zur Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im Umfeld der Station und entlang der Mariahilfer Straße beitragen.

NEOS



KPÖ LINKS



Regenbogensteg als Zeichen für Vielfalt

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und der KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die MA 7 zu ersuchen, die Benennung des derzeit noch namenlosen und umgangssprachlich als Wiental-Steg bezeichneten Stegs über das Wiental offiziell als „Regenbogensteg“ zu prüfen und umzusetzen.

Begründung

Der Steg verbindet die Bezirke Mariahilf und Margareten – zwei Bezirke, die seit Jahrzehnten zentrale Orte der Wiener LGBTIQ-Community sind. Zahlreiche Initiativen, Beratungsstellen und Treffpunkte haben sich hier entwickelt und prägen bis heute das queere Leben in Wien. Diese räumliche Verbindung steht damit auch symbolisch für die gewachsene Infrastruktur, Sichtbarkeit und gesellschaftliche Verankerung der Community in diesen beiden Bezirken. Bereits in der Vergangenheit wurde mehrfach angeregt, diese besondere Rolle durch eine entsprechende Benennung des Stegs sichtbar zu machen.

Der Regenbogen ist ein international anerkanntes Symbol für Vielfalt, Akzeptanz und Gleichberechtigung. Gerade im Juni, dem Pride-Monat, wird diese Symbolik weltweit sichtbar gelebt und gefeiert. Eine Benennung als „Regenbogensteg“ würde daher ein klares, positives Signal für Offenheit und Zusammenhalt setzen.

Gleichzeitig stellt die vorgeschlagene Bezeichnung einen sachlichen und pragmatischen Zugang dar, der einen breiten Konsens ermöglicht und einen gangbaren Weg für alle Fraktionen bietet. Insbesondere im bezirksübergreifenden Kontext zwischen Mariahilf und Margareten kann damit eine gemeinsame, tragfähige Lösung gefunden werden.

Die vorgeschlagene Bezeichnung greift sowohl die historische Bedeutung der beiden Bezirke für die LGBTIQ-Community als auch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Gleichberechtigung auf und macht diese im öffentlichen Raum sichtbar.

Verlegung der Bushaltezone vor dem Hotel Ibis Mariahilfer Gürtel 22

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die MA 28 und die MA 46 zu ersuchen, die Bushaltezone vor dem Hotel Ibis - Mariahilfer Gürtel ONR 22 - in die angrenzende Fahrbahn zu verlegen und den dortigen Gehsteig zu verbreitern.

Begründung

Die bestehende Bushaltezone am Mariahilfer Gürtel ONr. 22 führt derzeit zu einer erheblichen Verengung des Gehsteigs. Dadurch werden Fußgänger*innen gezwungen, einen dunklen Durchgang unmittelbar vor dem Eingang des Hotels Ibis zu passieren, um ihren Weg fortzusetzen. Diese Situation beeinträchtigt sowohl die Aufenthaltsqualität als auch das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Passant*innen.

Durch die Verlegung der Bushaltezone in die Fahrbahn könnte der Gehsteig deutlich verbreitert werden. Gleichzeitig blieben weiterhin drei Fahrstreifen für den motorisierten Individualverkehr erhalten, sodass keine wesentliche Beeinträchtigung des Verkehrsflusses zu erwarten ist.

Die Verbreiterung des Gehsteigs würde die Sicherheit und den Komfort für Fußgänger*innen erhöhen, die Barrierefreiheit verbessern und zu einer attraktiveren Gestaltung des öffentlichen Raums beitragen. Insbesondere würde vermieden, dass Passant*innen einen schlecht einsehbaren und dunklen Durchgang nutzen müssen.

Die zuständigen Stellen werden daher ersucht, die Verlegung der Bushaltezone in die Fahrbahn zeitnah umzusetzen beziehungsweise die dafür notwendigen Planungen einzuleiten.

Vermehrter Einsatz von „tactical urbanism“ auf den Mariahilfer Schulvorplätzen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die MA 28 zu ersuchen, den verstärkten Einsatz von „tactical urbanism“ auf den Vorplätzen der Mariahilfer Schulen zu prüfen. Das Ergebnis soll in der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung präsentiert werden.

Begründung

In Mariahilf werden seit vielen Jahren kontinuierlich Maßnahmen gesetzt, um die Verkehrssicherheit sowie die Aufenthaltsqualität im Umfeld von Schulen zu verbessern. Ein besonders gelungenes Beispiel stellt die neu geschaffene Fußgänger*innenzone bei der Schule in der Mittelgasse dar. Durch neue Bäume und Begrünungselemente sowie eine hochwertige Neugestaltung der Oberflächen konnte die Aufenthaltsqualität für Schüler*innen, Eltern, Anrainer*innen und Passant*innen deutlich gesteigert werden.

Derartige umfassende Umgestaltungen sind jedoch nicht an allen Schulstandorten möglich. Technische Rahmenbedingungen, begrenzte Platzverhältnisse oder finanzielle Restriktionen können einer großflächigen Neugestaltung entgegenstehen.

Vor diesem Hintergrund bietet der Ansatz des „tactical urbanism“ eine wertvolle Ergänzung. Durch kostengünstige, flexible, partizipative und gegebenenfalls temporäre Interventionen können Verbesserungen im öffentlichen Raum rasch erprobt und umgesetzt werden. Dazu zählen beispielsweise Begrünungselemente, temporäre Sitzgelegenheiten, gestalterische Bodenmarkierungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen oder die temporäre Erweiterung von Aufenthaltsflächen.

Ein verstärkter Einsatz solcher Maßnahmen kann dazu beitragen, Schulvorplätze sicherer und attraktiver zu gestalten, auch dort, wo größere bauliche Umgestaltungen derzeit nicht realisierbar sind. Die zuständige Stelle wird daher ersucht, die Potenziale von „tactical urbanism“ an den Schulstandorten in Mariahilf zu prüfen und die Ergebnisse dieser Überprüfung der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung vorzustellen.

Geeignete Kennzeichnung der Schrittgeschwindigkeit für Radfahrer*innen und E-Scooterfahrer*innen in der Fußgänger*innenzone Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, eine geeignete Kennzeichnung (z.B. Piktogramme oder Zusatztafeln), die auf die Schrittgeschwindigkeit von 5 km/h für Rad- und E-Scooterfahrer*innen im Bereich der Fußgänger*innenzone Mariahilfer Straße bei den Einfahrten hinweisen, zu prüfen und umzusetzen.

Begründung

Die Mariahilfer Straße ist eine hochfrequentierte Verkehrs- und Einkaufsmeile, die Tag für Tag Menschen aus ganz Wien, ganz Österreich und aus der ganzen Welt anzieht. So eine besondere und attraktive Flaniermeile erfordert besondere Maßnahmen für ein geordnetes und sicheres Miteinander aller Verkehrsteilnehmer*innen.

Seit der Neugestaltung vor 10 Jahren hat sich das Verkehrsaufkommen geändert, mit einem massiven Anstieg von elektrisch betriebenen einspurigen Fahrzeugen, insbesondere E-Scootern. In sämtlichen Abschnitten, insbesondere aber in jenen der Fußgänger*innenzone kommt es dadurch vermehrt zu gefährlichen Situationen besonders mit verkehrsschwachen Personengruppen. Besonders problematisch sind Geschwindigkeit und Fahrverhalten der genannten Nutzer*innengruppen, da die vorgeschriebenen Gebote, wie z.B. die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 5 km/h nicht eingehalten werden.

Als mögliche sofort umsetzbare Maßnahme könnte eine geeignete Kennzeichnung durch Piktogramme bei allen Einfahrten auf die verordneten Verkehrsregeln aufmerksam und diese auch für nicht deutschsprechende Tourist*innen klar erkennbar machen. Daran anknüpfend sollen weitere Maßnahmen erwogen werden, die die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit gewährleisten.

Anhang



Bsp. Vorarlberg Bsp. Weiz



Entlastung des „Jedmayer-Grätzels“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum sowie der KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass eine flächendeckende Betreuung der Suchtkranken in Wien zur Entlastung des „Jedmayer-Grätzels“ erfolgt.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit ihren Angeboten – Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreute Wohnplätze – seit 2012 die größte und faktisch zentrale Einrichtung für Drogenkranke in Wien und dem Wiener Umland. Laut aktuellem Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien wurden im Jahr 2025 allein im Jedmayer 179.986 Spritzentauschkontakte verzeichnet. Zum Vergleich: Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kommt lediglich auf 4.717 Kontakte – und verzeichnet dabei sogar einen Rückgang gegenüber 2024.

Diese extreme Konzentration auf einen einzigen Standort wurde zuletzt auch bei der Anrainerversammlung kritisiert, weil sie zu massiven Belastungen für das unmittelbare Umfeld, insbesondere rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße führt. Eine Einrichtung allein kann die Drogenproblematik einer Zwei-Millionen-Stadt und deren Umgebung nicht bewältigen.

Im Interesse der Anrainerinnen und Anrainer ersuchen wir daher die Stadtregierung – insbesondere den zuständigen Stadtrat Peter Hacker – dringend, die Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte und eine dezentrale Struktur der Suchthilfe zu prüfen. Nur eine Entlastung des Jedmayer durch mehrere über Wien verteilte Angebote kann das Sicherheitsgefühl im Grätzel stärken und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig verbessern.

Gerhard Hammerer

Sitzgelegenheit Ecke Otto-Bauer-Gasse/ Schmalzhofgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Grünen Alternative Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA28) zu ersuchen, an der Ecke Otto-Bauer-Gasse / Schmalzhofgasse vor der Apotheke (siehe Foto) die Aufstellung von Sitzgelegenheiten zu prüfen und ggf umzusetzen. Das Ergebnis dieser Prüfung soll der Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Gerade eine Apotheke ist Anlaufstelle für Personen, die für ihren dortigen Einkauf dringend eine Sitzgelegenheit im öffentlichen Raum benötigen.

An der Kreuzung Otto-Bauer-Gasse / Schmalzhofgasse vor der Apotheke befindet sich bereits eine Baumscheibe, an deren Seite in Blickrichtung Mariahilferstraße die Aufstellung von Sitzgelegenheiten für die Besucher*innen der Apotheke eine große Erleichterung darstellen würde.

Anhang



Ampelanlage Gürtel / Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 33, MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Ampelschaltung bei der Fußgängerquerung in Verlängerung der Gumpendorfer Straße über den Gürtel zur U6-Station Gumpendorfer Straße zu überprüfen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die Grünphase für Fußgängerinnen und Fußgänger verlängert werden kann.

Begründung

Die gegenständliche Querung stellt eine wichtige Verbindung zwischen den Bezirken Mariahilf und Rudolfsheim-Fünfhaus sowie zur U6-Station Gumpendorfer Straße dar und wird täglich von einer großen Anzahl an Fußgängerinnen und Fußgängern genutzt. Aus der Bevölkerung wird wiederholt berichtet, dass die Grünphase für Fußgängerinnen und Fußgänger als sehr kurz wahrgenommen wird.

Insbesondere für ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie Familien mit Kindern kann dies zu Schwierigkeiten beim sicheren Überqueren der Kreuzung führen. Vor dem Hintergrund der hohen Frequenz der Querung erscheint eine Überprüfung der aktuellen Schaltung durch die zuständigen Stellen zweckmäßig, um festzustellen, ob Anpassungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erforderlich sind.

Veronika Zimmermann

Sensibilisierung gegen Vandalismus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, Möglichkeiten für eine Sensibilisierungskampagne gegen Graffiti-Vandalismus in Mariahilf zu prüfen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen umzusetzen.

Begründung

Auch in Mariahilf kommt es im öffentlichen Raum sowie an Hausfassaden regelmäßig zu unerwünschten Schmierereien und Graffiti-Vandalismus. Trotz laufender Reinigungsmaßnahmen treten diese Beschädigungen vielfach erneut auf und beeinträchtigen das Erscheinungsbild des Bezirks nachhaltig.

Eine gezielte Sensibilisierungskampagne könnte dazu beitragen, das Bewusstsein dafür zu stärken, dass es sich bei unerlaubten Beschmierungen um Sachbeschädigungen handelt. Gleichzeitig könnten Präventionsmaßnahmen helfen, Vandalismus vorzubeugen und das Ortsbild des Bezirks langfristig zu verbessern.

Veronika Zimmermann

Antrag auf Veröffentlichung der Varianten für die Umgestaltung Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, die Veröffentlichung der für die Umgestaltung der Gumpendorfer Straße geprüften Varianten der Verkehrsführungen durch die zuständigen Magistratsabteilungen 46 und 18 zu veranlassen.

Begründung

In Zeiten des knappen Budgets bemühen sich die Grünen Mariahilf um kostengünstige Maßnahmen zur der derzeit nicht umgesetzten Umgestaltung der Gumpendorfer Straße. Insbesondere ist es jetzt an der Zeit, eine Unterbrechung des Durchzugsverkehrs zu realisieren, die unter diese Art von billigen Lösungen fällt, da ohne einschneidende bauliche Veränderungen umsetzbar.

Im Zug der Planung der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße wurden von den zuständigen Magistratsabteilungen bereits Varianten für den Umbau geprüft, die auch alternative Verkehrsführungen umfasst haben.

Laut Anfragebeantwortung der Bezirksvorsteherin in der Bezirksvertretungssitzung im Dezember 2025 wurden vier Varianten geprüft und auch eine davon als mit den Wünschen des Bürger*innenbeteiligungsverfahrens am besten vereinbar ausgewählt. In dieser Variante würde weiterhin die Zufahrt über den Getreidemarkt nicht erlaubt, die Gumpendorfer Straße aber sonst in beide Richtungen befahrbar bleiben. Insbesondere der Bus soll weiterhin in beide Richtungen fahren, um andere Straßen nicht zu belasten. Zur Verringerung des Durchzugsverkehrs sollen Busbuchten in den Haltestellen beitragen, die die nachkommenden Autos zwingen zu warten bis der Bus weiterfährt.

Die geprüften Varianten 2-4 hätten laut Aussage der Bezirksvorsteherin zu einer Verschlechterung der Zufahrten für Bewohner_innen geführt und Zulieferung in niederrangigere Straßen verlagert. Bei Umfahrungen würden dadurch Belastungen der anliegenden Wohngebiete entstehen.

Es liegen also Informationen vor, aus denen die Bezirksvorstehung Entscheidungen für bauliche Maßnahmen und den Ausschluss von Varianten ableitet. Diese stehen auch nach mehrmaliger Nachfrage der Grünen, unter anderem über einen Antrag auf Auskunftserteilung gemäß IFG, ausschließlich der Bezirksvorstehung zur Verfügung. Da eine Umgestaltung der Gumpendorfer Straße derzeit in weite Ferne gerückt ist, ist es notwendig, dass sich der Bezirk zumindest um Maßnahmen bemüht, die vorher bereits möglich und budgetär realisierbar sind. Es kann sich auch durch neue Erkenntnisse und die zeitliche Verzögerung die gesamte Betrachtung des Projekts geändert haben.

Eine faktenbasierte und vor allem für alle Seiten auch effiziente gemeinsame erneute Entscheidungsfindung aufgrund geänderter Umstände, ist aber nur möglich, wenn die von den Magistratsabteilungen der Stadt Wien bereits geprüften Varianten allen Bezirksrät*innen zur Verfügung stehen.

Im Sinne der Transparenz unserer aller politischen Arbeit sollten überdies auch der Öffentlichkeit die mit Steuergeldern bezahlten Expertisen der fachlich kompetenten Stellen der Stadt Wien zur Verfügung stehen.



Antrag auf Aufstellung von Enzis in der Parkspur vor dem Gymnasium in der Rahlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

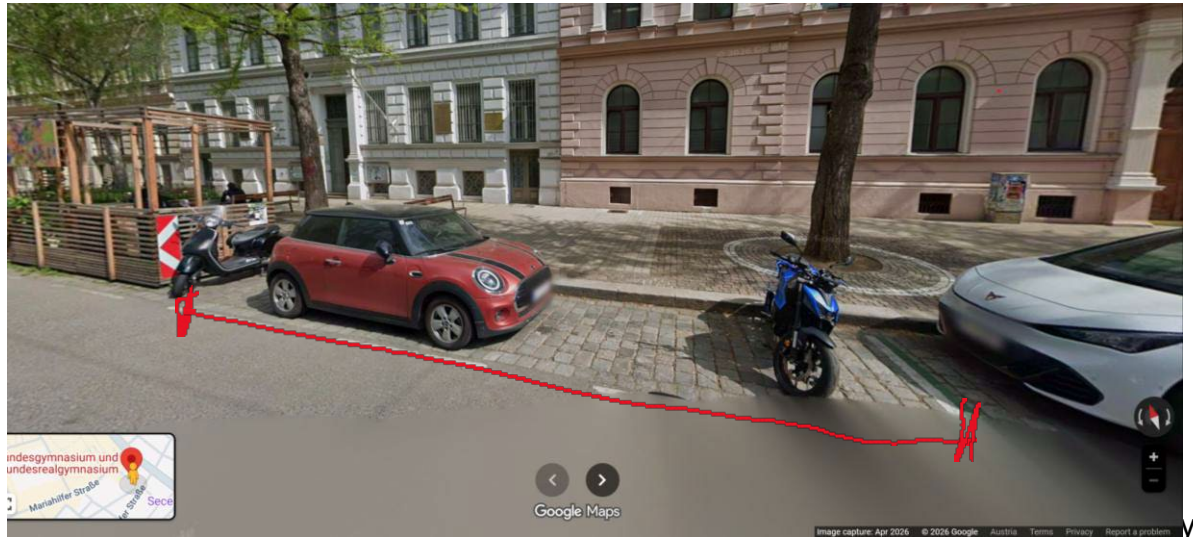
Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.a Ulli Sima zu ersuchen, die Aufstellung von Enzis in der Parkspur vor der AHS Rahlgasse zu prüfen und das Ergebnis der Bezirksvertretung für eine Entscheidungsfindung vorzulegen.

Begründung

In Zeiten des knappen Budgets bemühen sich die Grünen Mariahilf um kostengünstige Maßnahmen zur Ermöglichung von autofreien Schulvorplätzen in Mariahilf. Seit Jahren wartet die Schule in der Rahlgasse auf eine Umgestaltung. Bisher wurde von der Bezirksvorstehung bei Anfragen regelmäßig auf den geplanten Umbau der Gumpendorfer Straße verwiesen. Die Errichtung eines Parklets als Aufenthaltsraum für Schüler*innen vor der Schule hat die Situation des Platzmangels für 400 Schüler*innen kaum gelindert.

Daher erscheint eine kostengünstige Maßnahme, weil ohne bauliche Veränderungen realisierbare Aufstellung von ein oder zwei Enzis zwischen der Stromladestelle und dem bestehenden Parklet, als lohnender nächster Schritt zur Erweiterung des Schulvorplatzes.

Anhang



Ausschnitt der Parkspur in der Rahlgasse vor der Schule, der sich für Aufstellen der Enzis eignen würde.



Quelle: <https://www.mqw.at/de/enzis/>

Aschenbecher Krankenhaus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, im Bereich vor dem neu errichteten Eingang des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern in der Stumpergasse 13 Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Vor dem neu errichteten Eingang des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern in der Stumpergasse halten sich regelmäßig Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher sowie Begleitpersonen auf. Dabei kommt es immer wieder dazu, dass Zigarettenstummel im öffentlichen Raum entsorgt werden.

Die Aufstellung von Aschenbechern kann einen Beitrag zur Sauberkeit des Straßenraums leisten und die ordnungsgemäße Entsorgung von Zigarettenresten erleichtern.

Veronika Zimmermann

Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für Maßnahmen aus, die zur Stärkung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße beitragen können, wozu auch der Einsatz öffentlicher Videoüberwachung zählen kann.

Begründung

Die U6-Station Gumpendorfer Straße zählt zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten Wiens und wird täglich von tausenden Fahrgästen genutzt. Gleichzeitig steht der Bereich seit Jahren im Fokus von Sicherheitsdebatten. Insbesondere die Konzentration von Suchthilfeeinrichtungen im Umfeld sowie die damit verbundenen Begleiterscheinungen führen regelmäßig zu Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern sowie Gewerbetreibenden.

Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten zur Verbesserung der Situation gesetzt wurden. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung einer polizeilichen Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Grätzel. Diese Schritte können einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten.

Gleichzeitig bleibt das Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße aufgrund seiner hohen Frequenz und seiner besonderen Herausforderungen ein Bereich, in dem Fragen der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls besondere Aufmerksamkeit verdienen. Im Rahmen der Anrainerversammlung am 2. Juni 2026 wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich auch die Forderung nach einer Videoüberwachung des Bereichs vorgebracht.

Anfang August 2025 hat Innenminister Gerhard Karner Pläne bekannt gegeben, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und diese künftig auch an potenziell betroffenen Orten zu ermöglichen. Diese Überlegungen wurden auch von Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt, der sich ebenfalls für zusätzliche Instrumente zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum ausgesprochen hat.

Vor diesem Hintergrund wird die öffentliche Videoüberwachung als eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung der Sicherheitsarbeit, zur Prävention von Straftaten und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beurteilt.

Gerhard Hammerer

Kein Durchzugsverkehr durch Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf und der KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2026 gemäß § 19 Abs. 5 GO-BV den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für ein Ende des Durchzugsverkehrs durch Mariahilf aus. Die Verkehrssicherheit, insbesondere die Schulwegsicherheit, soll erhöht werden, und die Belastung durch Lärm und Abgase soll reduziert werden.

Begründung

Bei einer Befragung der Grünen Mariahilf sprachen sich 82% der über 1.300 Teilnehmer*innen für ein Ende des Durchzugsverkehrs auf der Gumpendorfer Straße aus. Diese eindeutige Ablehnung des Durchzugsverkehrs durch Mariahilf der Bevölkerung deuteten auch schon viele Ergebnisse aus der Bürger*innen-Beteiligung zur Neugestaltung der Gumpendorfer Straße an, auch wenn dort keine explizite Frage zum Durchzugsverkehr gestellt wurde.

Ein Ende des Durchzugsverkehrs durch Mariahilf wäre auch ein sinnvoller Schritt zur Erreichung der von der Stadtregierung im Klimafahrplan festgelegten, aber leider immer deutlicher verfehlten Ziele zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs.

Befürchtungen bezüglich einer potenziellen Verlagerung des Verkehrs in Seitengassen wurden bereits in diversen internationalen Studien [z.B. Cairns, Atkins & Goodwin 2002; Nello-Deakin 2022] als unbegründet widerlegt. Die Wissenschaft beobachtete in unzähligen Fallstudien immer wieder ein „Verdampfen“ des Verkehrs durch Verhaltensanpassungen.